



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Spekulationen um Maragalls Ablösung in Katalonien*

Dem spanischen Fernsehsender Telemadrid zufolge hat sich der Minister für Öffentliche Verwaltung Jordi Sevilla in einem Gespräch mit dem Gewerkschaftsführer José María Fidalgo über die geplante Absetzung des katalanischen Regionalpräsidenten Pasqual Maragall (Foto) unterhalten.



Als Nachfolger wird Industrieminister José Montilla, der Chef der katalanischen Sozialisten ist, gehandelt.

Allerdings ist Montilla kein gebürtiger Katalane, sondern – wie Sevilla abfällig bemerkte – ein „charnego“, ein spanischer Katalane.

Während Sevilla die überraschende Absicht der Sozialisten kolportierte, hat Maragall im Fernsehen seine feste Absicht bekundet, bei den katalanischen Regionalwahlen Ende 2007 wieder zu kandidieren. Nachdem sich jedoch Ministerpräsident Zapatero hinter dem Rücken Maragalls mit der liberal-konservativen CIU über die Reform des Autonomiestatutes geeinigt hat, wird eine baldige Volksabstimmung über die Autonomiereform in Katalonien immer wahrscheinlicher. Diese könnte letztendlich zu vorgezogenen Regi-

onalwahlen führen, da der jetzige Regierungspartner Maragalls, die linksnationalistische ERC, mit der zwischen Zapatero und CiU paktierten Fassung des neuen Statuts nicht zufrieden ist. Die nationale Parteiführung der Sozialisten hat jedoch bereits verlauten lassen, die ERC könne nicht die Autonomiereform kritisieren und gleichzeitig mit den Sozialisten Regierungsverantwortung in Katalonien übernehmen. Sollte die Koalition zwischen der ERC und den katalanischen Sozialisten infolge des Streits um die Autonomiereform platzen und Neuwahlen stattfinden, würde dies vermutlich das politische Aus für Maragall bedeuten; zumal die CiU dann voraussichtlich stärkste Fraktion im katalanischen Parlament werden würde. Neuer Regionalpräsident wäre dann voraussichtlich der CIU-Vorsitzende Artur Mas (Foto).



Er könnte sich von den katalanischen Sozialisten unter neuer Führung unterstützen lassen und im Gegenzug der Minderheitsregierung von José Luis Rodríguez Zapatero in Madrid die notwendige Stabilität verleihen. Mit einem solchen Partnerwechsel weg von der linksnationalistischen ERC hin zur gemäßigt

katalanisch-nationalistischen CiU hätte Zapatero gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Zum einen wäre er ein äußerst unbequemer Partner – die ERC hatte mit ihrem katalanisch-nationalistischem Getöse die Regierung Zapatero wiederholt in Verlegenheit gebracht – losgeworden. Zum anderen hätte er den einzig denkbaren Partner der oppositionellen Volkspartei an seine eigene Seite gezogen und die PP weiter isoliert. Sollte sich dieses Szenario bewahrheiten, kommen auf die Volkspartei von Mariano Rajoy schwere Zeiten zu.

>> Aznar besorgt über die Lage der Nation

Der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar (im Foto links mit PP-Chef Rajoy) hat sich wieder zu Wort gemeldet. Für gewöhnlich hält sich Aznar seit der traumatischen Niederlage seiner Partei bei den Parlamentswahlen von März 2004 mit politischen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit zurück. Umso mehr werden seinen öffentlichen Interviews und Reden insbesondere seitens der konservativen Anhängerschaft der Volkspartei Beachtung geschenkt, denn diese gelten als „heimliche“ Richtlinien für die politische Ausrichtung der PP. In einem letzte Woche erschienenen Interview nahm der heutige Vorsitzende der PP-nahen FAES-Stiftung Stellung zur innerspanischen Politik. Insbesondere vor



dem Sonderparteitag der PP, der vom 3. bis 5. März in Madrid stattfindet, soll die Partei auf klare und einheitliche Politiklinien eingeschworen werden. Nach Irritationen innerhalb der Partei, die im Zusammenhang mit dem kürzlich geschlossenen Pakt zwischen der Regierungspartei PSOE und der katalanischen CiU über die Autonomiereform aufgetreten sind, warnte Aznar zum wiederholten Male ausdrücklich vor der „Balkanisierung“ Spaniens. Die vorgeschlagenen Änderungen in manchen Autonomiestatuten würden das Risiko der Desintegration des spanischen Staats in sich bergen, so Aznar. Im besten Falle hätte man dann nur noch ein bedeutungsloses Spanien in Form einer Konföderation bestehend aus diversen Regionen, von denen einige mehr Privilegien besäßen als andere. Die Existenz Spaniens, so wie es heute existiere, sei in jedem Falle ernsthaft bedroht. Der einstige Regierungschef wies auch darauf hin, dass die Nationalisten in Katalonien und dem Baskenland eben keinen föderalen Staat von freien, gleichen und untereinander solidarischen Bürgern suchten, sondern lediglich ihre eigenen Regionen mit Sonderrechten und Privilegien ausstatten wollten. Die Anerkennung dieser Forderungen, wie sie sich laut Aznar unter der sozialistischen Regierung Zapatero vollziehe, sei ein schwerwiegender politischer Fehler von historischer Dimension. Aznar kritisierte in diesem Zusammenhang die nachgiebige Haltung der Regierung gegenüber den se-

paratistischen Forderungen aus dem Baskenland sowie das Verhandlungsangebot an die Terrororganisation ETA im Falle eines definitiven Waffenstillstandes. Er warnte zudem vor einer Rückkehr der Batasuna-Partei, die als politischer Arm der ETA gilt, in die Legalität und in Regierungsinstitutionen im Baskenland. In der Tat konnte die Batasuna, die von der internationalen Gemeinschaft und der EU als terroristische Vereinigung gelistet ist, kürzlich zum wiederholten Mal eine öffentliche Kundgebung feiern, ohne dass diese aufgelöst wurde. Batasuna hatte zuvor, obwohl die Partei seit vier Jahren verboten ist, einen offiziellen Parteitag angekündigt. Erst nach langem Zögern hatten die zuständigen Behörden im Baskenland den Parteitag untersagt und den gemieteten Veranstaltungssaal gesperrt. Nichtsdestotrotz konnte die Formation am selben Tag direkt neben der gesperrten Halle eine öffentliche Veranstaltung abhalten, zu der mehrere Redner auftraten. Die Tatsache, dass eine terroristische Vereinigung von den Behörden unbehelligt öffentliche Versammlungen abhalten kann, wurde von der oppositionellen Volkspartei scharf kritisiert. Die PP vermutet genau wie ihr ehemaliger Parteichef Aznar, dass hinter der Untätigkeit der Regierung und der Behörden politisches Kalkül steckt. Zapatero reiche den Terroristen die Hand und sei bereit, einen politischen Preis an ETA zu zahlen und dem Baskenland weit reichende Unabhängigkeit zuzugestehen, um den Terror zu beenden.

Die rechtsstaatliche Bekämpfung des Terrorismus werde damit ad absurdum geführt, betonte Aznar.

>> Oberster Staatsanwalt zum Rücktritt gezwungen

Wegen „gröbster Fehler“ soll Generalstaatsanwalt Cándido Conde-Pumpido den 1997 von Aznar berufenen Obersten Staatsanwalt am Strafgerichtshof, Eduardo Fungairiño (Foto), um seinen Rücktritt gebeten haben. Fungairiño dementierte dies jedoch und gab „persönliche Gründe“ an. Der seit langem umstrittene Jurist soll das Vertrauen des Generalstaatsanwalts im Zusammenhang mit der Aufklärung der Madrider Terroranschläge vom 11. März 2004 sowie der Strafverfolgung von Al-Kaida-Terroristen und der baskischen Terrororganisation ETA verloren haben, heißt es aus vertraulichen Kreisen. Fungairiño habe sich ferner kritisch gegenüber der Zapatero-Regierung geäußert. Conde-Pumpido habe daher nun die „Reißleine gezogen“. Nach dem erzwungenen Rücktritt schlugen die Wellen insbesondere bei der oppositionellen Volkspartei hoch. Bei ihr galt Fungairiño als standhaftes „Bollwerk“ im Kampf gegen ETA. Die Entlassung lässt aus Sicht der PP daher nur eine mögliche Schlussfolgerung zu, wie ihr Sprecher im Europäischen Par-



lamentieren. Die Entlassung lässt aus Sicht der PP daher nur eine mögliche Schlussfolgerung zu, wie ihr Sprecher im Europäischen Par-

lament, Jaime Mayor Oreja (Foto), betonte: „Das bestätigt, dass wir uns in politischen Verhandlungen mit der ETA befinden, denn Fungairiño ist nicht irgendein Staatsanwalt, sondern ein Referenzpunkt für Stärke und Pflichterfüllung.“ Laut Oreja musste der Oberste Staatsanwalt weichen, weil er den Verhandlungen der Regierung Zapatero mit ETA im Weg stand. Die Terrorbande sei sicherlich zufrieden mit dieser Entwicklung. Oreja äußerte weiterhin die Vermutung, die Regierung werde nun Verhandlungen mit der ETA vorantreiben, in welchen die Selbstbestimmung des Baskenlands ein „zentrales und entscheidendes Element“ sein würde. Auch die Situation der ETA-Häftlinge würde sicherlich mit in den Deal einbezogen, so der PP-Politiker. Durch die jüngsten Aussagen von Vizeministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega erhielten die Gerüchte um Verhandlungen mit den Terroristen zusätzliche Nahrung. Zapateros Stellvertreterin erklärte, es gäbe einen „bedeutenden Wandel“ im Baskenland; die Lage würde sich „normalisieren“. Trotz einzelner ETA-Anschläge gäbe es „heute keinen mehr, der den Terrorismus“ unterstütze. Das Ende des Terrors sei daher absehbar, aber noch müsse ETA die Waffen niederlegen. Der Ansatz der Regierung, den Terror auf friedlichem Wege zu beenden, zeige Früchte, meinte de la Vega. PP-Chef Mariano Rajoy wies diese Einschätzung de la Ve-



gas scharf zurück. Verhandlungen mit der ETA seien zwecklos; nur ihre Bekämpfung führe zum Ziel, betonte Rajoy.

Während die Volkspartei jetzt Generalstaatsanwalt Conde-Pompidó im Parlament zu den Hintergründen des Rücktritts von Fungairiño befragen will, gab Francisco José Alcaraz (Foto), Präsident des Verbands der Terroropfer (AVT) bekannt, man werde Fungairiño im Rahmen eines feierlichen Aktes am 7. Februar am Denkmal der Verfassung von 1978 in Madrid ehren. Die Ablösung des obersten Staatsanwalts käme der Zerstörung des einzigen Widerstands gleich, welcher der Rechtsstaat den ETA-Erpressungen noch entgegengesetzt habe, äußerte Alcaraz mit Nachdruck.



>> **Europaparlament fordert Verschärfung der EU-Kubapolitik**



Das Europäische Parlament erklärte jetzt die „Politik des kritischen Dialogs“ mit dem Castro-Regime praktisch für gescheitert. Nach der Repressionswelle im Jahr 2003, bei der 75 kubanische Dissidenten verhaftet worden waren, hatte die EU diplomatische Sanktionen gegen die kubanische Regierung verhängt. U. a. wurden Oppositionelle zu den Empfängen der EU-Botschaften in Havanna geladen, um ihnen so ein

internationales Forum für ihr Anliegen und damit zugleich Öffentlichkeit und einen gewissen Schutz vor der Willkür des Regimes zu bieten. Infolge des so genannten „Häppchenkriegs“ kamen die offiziellen Kontakte zur kubanischen Regierung de facto zum Erliegen. Auf intensives Betreiben der sozialistischen Regierung Spaniens beschloss der Europäische Rat im Januar 2005 die Aufhebung der diplomatischen Sanktionen und verständigte sich auf eine Politik des „kritischen Dialogs“ mit den kubanischen Behörden. Die vom spanischen Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero vorhergesagten Erfolge bezüglich Menschenrechte und Freilassung politischer Gefangener blieben jedoch aus. In der jetzt vom Europäischen Parlament mit 560 Ja-Stimmen, bei 33 Neinstimmen und 19 Enthaltungen, verabschiedeten Resolution drückten die Abgeordneten nicht nur ihre Enttäuschung über fehlendes Entgegenkommen des Castro-Regimes aus, sondern verurteilen auch die



verschärfte Repression auf der Karibikinsel. So hat die Zahl der politischen Gefangenen infolge des „kritischen Dialogs“ nicht etwa abgenommen, sondern sich sogar noch von 294 im Jahr 2004 auf 333 im Jahr 2005 erhöht, wie die Organisation „Kubanische Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung“ dokumentierte. Entgegen aller Hoffnungen, die insbesondere von der Zapatero-Regierung genährt wurden,

wurde 2005 nicht ein einziger politischer Gefangener frei gelassen. Zudem untersagte das Castro-Regime den so genannten „Damen in Weiß“ (das sind die Ehefrauen politischer Gefangener) die Reise nach Strassburg zur Verleihung des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments.

Die spanische Volkspartei PP kritisierte anlässlich der Resolution des Europaparlaments zur EU-Kubapolitik die fehlende kritische Distanz der Zapatero-Regierung zum kubanischen Diktator Fidel Castro und seinem Schüler und Sponsor, dem venezolanischen Linkspopulisten Hugo Chávez.

>> **Bank von Spanien fordert Arbeitsmarktreformen**

Trotz der positiven Entwicklung der spanischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren, sieht die Bank von Spanien einen Bedarf an Arbeitsmarktreformen. Im Jahr 2005 sei die Wirtschaft um 3,4 Prozent gewachsen mit positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig sei das Stellenangebot im Vergleich zu 2004 um 3 Prozent angestiegen. Die Regierung müsse jedoch zunehmend in die Zukunft blicken. Zu einen sei die Inflationsrate im europäischen Vergleich mit 4,2 Prozent im Januar 2006 deutlich zu hoch. Dies gefährde zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft. Darüber hinaus könne die graduelle Reduzierung der EU-Mittel aus dem Kohäsionsfonds ab 2007 eine Trend-

wende in der wirtschaftlichen Entwicklung bewirken. Daher müsse die Regierung noch in diesem Jahr Reformen einleiten, um den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten, aber auch notwendige Investitionen in zukunftsträchtige Arbeitsplätze im Bereich von Forschung und Entwicklung tätigen.

>> **Neuer Geheimdienst in Portugal?**



Die Portugiesische Regierung dementierte einen Bericht der Wochenzeitschrift "Visão", wonach Ministerpräsident José Sócrates einen neuen Geheimdienst aufgestellt hat, der ohne parlamentarische Kontrolle und außerhalb des Gesetzes operieren soll. "Visão" hatte am vergangenen Donnerstag berichtet, dass Sócrates den gegenwärtigen Chef des portugiesischen Geheimdienstes SIRP Júlio Pereira damit beauftragt habe, den "parallelen" Nachrichtendienst aufzubauen. Die Zuständigkeit von SIRP besteht vor allem in der Koordinierung der Aktivitäten des Sicherheits- und Nachrichtendienstes SIS und des Militärischen Abschirmdienstes SIED. Per Gesetz sind diese Organisationen die einzigen Behörden, die nachrichtendienstlich arbeiten und Staatsgeheimnisse verwalten dürfen.

Laut "Visão" funktioniere der neue Geheimdienst bereits. Mittelfristiges Ziel sei es, aus den diversen nachrichtendienstlichen Institutionen eine einzige Behörde zu schaf-

fen, um die Tätigkeiten der Geheimdienste zu rationalisieren.

In einer ersten Reaktion bezeichnete SIRP-Chef Pereira den Bericht als "völlig falsch" und sagte, er würde gerichtliche Maßnahmen gegen die Wochenzeitschrift einleiten lassen. Während Ministerpräsident Sócrates jegliche Stellungnahme ablehnte, betonte sein Minister der Präsidentschaft, Pedro Silva Pereira, es gäbe keinen parallelen Geheimdienst, der außerhalb der Verfassung arbeite. Die Regierung habe "volles Vertrauen" zu Júlio Pereira. Auch der noch amtierende Staatspräsident Jorge Sampaio zeigte sich in keiner Weise besorgt über den Bericht.

Indessen haben die regierende Sozialistische Partei PS und die oppositionelle Sozialdemokratische Partei PSD angekündigt, SIRP-Chef Pereira am 10. Februar zu einer Anhörung vor dem Parlamentarischen Kontrollausschuss für die Geheimdienste vorzuladen, um Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Neue Postanschrift:

Plaza de Castilla 3, 16-D 2

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: Hkasmad@gmx.net

Web: [Hwww.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)